



AUSGABE 05/2022 – 03. JUNI



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in dieser Woche hat der Hessische Landtag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt: Statt des CDU-Mannes Volker Bouffier steht nun der CDU-Mann Boris Rhein an der Spitze der schwarzgrünen Landesregierung, in der sich ansonsten wenig ändert.

Und das ist die schlechte Nachricht dieser Woche: Der neue Ministerpräsident hat beschlossen, mit den alten Problemfällen am Kabinetts-tisch weiter zu regieren. Zwar hat er die Justizministerin entlassen, die vor allem durch Fehler, Pannen und Affären in ihrem Zuständigkeitsbereich auffiel. Aber dem neuen Justizminister wird die Zeit bis zur nächsten Landtagswahl kaum reichen, um die Trümmer zu beseitigen, die ihm seine Vorgängerin hinterlassen hat.

Der mangelnde Wille zu personellen Veränderungen in der Landesregierung lässt befürchten, dass

sich auch politisch im Rest der Wahlperiode nichts ändern wird. Dabei braucht Hessen einen Aufbruch, einen Neuanfang.

Seit 23 Jahren führt die CDU in Hessen die Landesregierung an. Mit wechselnden Koalitionspartnern und mit überschaubarem Erfolg. Boris Rhein ist in diesen 23 Jahren der dritte Ministerpräsident von der CDU. Für unser Land und die Menschen, die hier leben, wäre es gut, wenn er auch der letzte CDU-Regierungschef wäre.

Unser Ziel ist klar: Bei der Landtagswahl im Herbst 2023 soll die SPD-Fraktion die stärkste Fraktion im Landtag stellen und danach die Landesregierung anführen. Damit unser Land wieder gerechter, sozialer, solidarischer und moderner wird.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



CDU UND GRÜNE OHNE ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

NEUER MINISTERPRÄSIDENT, ALTE PROBLEME



Der Hessische Landtag hat auf Antrag der SPD-Fraktion über die künftige Politik der schwarzgrünen Regierungskoalition debattiert. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, stellte fest, dass der neue Ministerpräsident Boris Rhein offenbar entschlossen sei, den Wählerinnen und Wählern in Hessen mehr vom Gleichen zu liefern, statt einen politischen Neustart zu wagen. Rudolph sagte: „Ein

neuer Ministerpräsident macht noch keine neue Politik. Bis auf die Ex-Justizministerin, die er überschwänglich gelobt und trotzdem entlassen hat, dürfen im angeblich neuen Kabinett die alten Problemfälle weitermachen. Das bedeutet, dass bis zur Landtagswahl im Herbst 2023 nichts anders und deswegen auch nichts besser werden wird. Eine Wende zum Besseren wird es erst geben, wenn die Bürgerinnen und Bürger die CDU aus der Regierungsverantwortung abgewählt haben.“ Er kritisierte die Unausgewogenheit der neuen Landesregierung, die im Wesentlichen die alte sei. „Der Ministerpräsident hat angekündigt, sein Kabinett werde jünger und weiblicher – dabei sind dort jetzt noch weniger Frauen vertreten. Und Nordhessen

scheint für diese Landesregierung endgültig eine Region zu sein, der sie keine politische Bedeutung mehr beimisst, anders lässt sich nicht erklären, dass überhaupt niemand mehr aus dem Norden unseres Landes am Kabinetttisch sitzt. Das Versprechen, für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen zu sorgen, wird dadurch hohl und unglaubwürdig, denn der Norden steht nun einmal vor anderen Herausforderungen als der Süden.“ Rudolph betonte das Ziel seiner Fraktion und seiner Partei, bei der nächsten Landtagswahl einen Regierungswechsel herbeizuführen. „Wenn der nächste Hessische Landtag gewählt wird, wollen und werden wir 24 Jahre CDU-Regierung beenden – zum Wohle unseres Landes und der Menschen, die hier leben.“

ZENTRUM FÜR DIGITALE BILDUNG

Die SPD-Abgeordnete Kerstin Geis warf der Landesregierung vor, die Digitalisierung der Schulen seit Jahren zu verschleppen und sich damit an den Zukunftschancen hessischer Schülerinnen und Schüler zu vergehen. Bereits 2016 habe sich auf Drängen der SPD-Fraktion eine Enquetekommission des Hessischen Landtags mit dem Thema digitale Bildung auseinandergesetzt und gute Handlungsempfehlungen für die Landesregierung erarbeitet. Geis sagte: „Beschlossen wurde das 2018 und seither warten wir auf kraftvolle Initiativen. Dabei wäre es so wichtig, dass über 30 Jahre nach der Öffnung des World Wide Web und der damit verbundenen rasanten Transformation

unseres gesamten Lebens, sich jemand verantwortlich fühlt, das Ganze auch an die Schulen zu bringen. Deswegen bringt die SPD-Fraktion einen eigenen Vorschlag ein, wie man die große Herausforderung schultern kann, die die digitale Welt den Schulen und allen Akteuren aufbürdet. Die Realität zeigt, dass die Schulen aber auch die hessischen Schulträger auf ihrem Weg in die digitale Welt Entlastung und Unterstützung brauchen. Ein ‚Zentrum für Bildung in der digitalen Welt‘ soll deswegen als zentrale Anlaufstelle für Schulträger, Schulen und Lehrkräfte die notwendige Logistik sowie Aus- und Fortbildung des notwendigen Personals



übernehmen. Das Zentrum soll den Aufbau und Ausbau der technischen Infrastruktur steuern, ein Landesmedienkonzept erarbeiten und für geschultes technisches als auch pädagogisches Personal sorgen. Denn wir wollen die Schulen nicht im Stich lassen mit der Mammutaufgabe Digitalisierung, sondern ein zentrales und zuverlässiges Allround-Service-Paket bieten.

WIR MACHEN DEN MEISTER KOSTENFREI

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Die SPD-Fraktion forderte die Landesregierung auf, die hessische Aufstiegsprämie im Handwerk zu einem kostenfreien Meisterprogramm weiterzuentwickeln. „Die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Ausbildung darf sich nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen“, so die handwerkspolitische Sprecherin, Elke Barth. Es sei nicht einzusehen, weshalb staatliche Hochschulstudiengänge kostenfrei angeboten würden, während eine Ausbildung zum Meister in Industrie und Handwerk oft fünfstelligen Kosten verursache. „Die Kosten schrecken viele junge Menschen bei der Berufsentscheidung ab, gleichzeitig fehlen seit Jahren Jungmeister. In Hessen stehen altersbedingt 8000 Betriebsübernahmen an. Ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmen wird aufgeben müssen, wenn sich kein Nachfolger findet. Diese Entwicklung bedroht die Zukunft des Handwerks in unserem Land und damit auch unser aller Wohlstand.“

AKTIV GEGEN ARMUT

„Armut bleibt in Hessen ein



ernsthaftes Problem, das man offensichtlich nicht mit dieser schwarzgrünen Landesregierung bewältigen kann“, erklärte Lisa Gnadl, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Die Tweets unter #ichbinarmutsbetroffen zeigten, was Armut konkret bedeute: Ausgrenzung und keine Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Eine alarmierende Situation, die auf allen Ebenen schnelles Handeln erfordere. „Auf Bundesebene geht es da schon gut voran. Darüber hinaus ist es aber wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen konkrete Angebote zu machen. Die SPD-Fraktion hat schon zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen, die von der Bekämpfung des Niedriglohnssektors, über das Vergabe- und Tarifreuegesetz über gebührenfreie Bildung in Kitas und Krippen bis hin zu einem Programm gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit gehen. Doch nichts hiervon wurde von dieser Landesregierung auch nur geprüft.“

WAS HEIMAT FÜR UNS BEDEUTET

Der Hessische Landtag hat auf Antrag der CDU-Fraktion über den Begriff „Heimat“ debattiert. In der Plenaraussprache sagte der SPD-Abgeordnete Knut John: „Zum Glück hat sich die Definition des Begriffes ‚Heimat‘ verändert und geöffnet – so, wie sich unsere Gesellschaft verändert und geöffnet hat. Der verstaubte und engstirnige Heimat-Begriff, den die CDU in der heutigen Plen-



ardebate verteidigen will, existiert in den Köpfen der meisten Menschen schon lange nicht mehr. Für uns als SPD ist Heimat eine individuelle Entscheidung. Heimat ist dort, wo ein Mensch freiwillig und gerne lebt – und zwar in Freiheit, Frieden und Sicherheit. Das unterscheidet uns von einer hessischen CDU, die in ihrer Vorstellung von ‚Heimat‘ offensichtlich bis heute nicht aus den 1960er Jahren herausgekommen ist.“

SCHULVERSUCH TÜRKISCH IST EIN SCHLECHTER KOMPROMISS

Turgut Yüksel kritisierte die Verzögerungen bei der Einführung von Türkisch als Fremdsprache an hessischen Schulen. „Der Schulversuch ist unnötig, weil er keine Ergebnisse erzeugen wird, die für die zukünftige Fremdsprachenauswahl an hessischen Schulen relevant sind. Er verzögert die nötige Einführung von Türkisch als Fremdsprache, während Arabisch und Portugiesisch von der Landesregierung dankenswerterweise einfach eingeführt werden.“ In der türkischen Community entstehe der Eindruck, man müsse Türkisch anders behandeln als Portugiesisch oder Arabisch. „Diese Unterscheidung wird als Diskriminierung wahrgenommen“, so Yüksel. CDU und Grüne einigten sich mit dem Schulversuch auf einen schlechten Kompromiss, statt die Frage zu entscheiden, ob Türkisch noch innerhalb ihrer Regierungszeit an Schulen eingeführt werde.



EFFIZIENZ UND TRANSPARENZ

GLASFASERAUSBAU



Die SPD-Fraktion fordert ein Breitbandausbau-Transparenz-Gesetz, um den Mangel an Informationen zur Versorgung mit digitaler Infrastruktur in Hessen zu beheben und den Ausbau des Glasfasernetzes effizient und transparent zu gestalten. In der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs sagte Bijan Kaffenberger, der digitalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Es mangelt an Transparenz,

wenn es um den Ausbau und die Versorgung mit digitaler Infrastruktur in Hessen geht. Die Landesregierung kann keine verlässlichen Zahlen vorweisen.“ Der von der Landesregierung kommunizierte Stand des Breitbandausbaus entspreche schlicht nicht der Realität, kritisierte Kaffenberger. „Mit unserem Gesetz

ergreifen wir die Initiative, um den tatsächlichen Ausbau von Glasfasernetzen transparent zu machen. Daten zum Verlauf von geförderter und nicht geförderter Telekommunikationsinfrastruktur durch das Land Hessen sollen kontinuierlich erhoben und öffentlich zugänglich bereitgestellt werden. Das landesplanerische Ziel muss sein, die Errichtung eines flächendeckenden Glasfasernetzes sicher zu stellen.“

WASSER IST UNSERE LEBENSGRUNDLAGE



Kontinuierlich trockener werden Sommer und damit ein höherer Verbrauch an Wasser – daraus ergebe sich die dringende Notwendigkeit, die lebensnotwendige Ressource Wasser zu schützen, so der Abgeordnete Gernot Grumbach. „Wir brauchen eine Kehrtwende in der Wassernutzung. Ein ‚Weiter-so‘ darf es nicht geben. Die rechtlichen Handlungsgrundlagen hierfür müssen in Gesetzesform festgeschrieben werden und nicht nur als Verordnungen und Erlasse gelten. Wassermanagement braucht eine verlässliche Rechtsgrundlage.“ Es sei bitter, dass Schwarzgrün diese Notwendigkeit nicht sehe und den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion ablehne.

SCHNELLE UND UNBÜROKRATISCHE HILFE

KINDERSOFTZUSCHLAG



Der Hessische Landtag hat über die Änderung des Ausführungsgesetzes debattiert, die erforderlich ist, um den von der SPD-geführten

Bundesregierung beschlossenen Kindersoftzuschlag in Hessen auszahlen zu können. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Lisa Gnadl, sagte dazu: „Ab dem 1. Juli 2022 sollen von Armut betroffene Kinder auch in Hessen 20 Euro zusätzlich im Monat erhalten. Für uns ist das

ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Einführung einer Kindergrundsicherung. Das Geld muss schnell und unbürokratisch bei den

Kindern ankommen und so lange ausbezahlt werden, bis die neue Kindergrundsicherung startet.“ In diesem Zusammenhang warb Gnadl erneut für das SPD-Konzept einer eigenen Kindergrundsicherung, das den Weg in den Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition gefunden habe. „Wir wollen dafür sorgen, dass alle Kinder in unserem Land sicher und gesund aufwachsen können“, so Gnadl. Neben der Sicherung des individuellen finanziellen Bedarfs gehe es auch um eine institutionelle Förderung von Kindern durch Kitas, Schulen, Förder- und Teilhabeangebote vor.

KAUM UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE KULTUR

„Jede und jeder von uns muss die Möglichkeit haben, sich überall in Hessen kulturell zu bilden, musische Talente zu entdecken, Kunst und Kultur zu erleben. Das ist unser Selbstverständnis. Aber das ist noch keine Selbstverständlichkeit in Hessen“, sagte Dr. Daniela Sommer, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, in der Plenardebatte zu kultureller Teilhabe im ländlichen Raum. „Kulturelle Teilhabe trägt für alle Hessinnen und Hessen zum sozialen Zusammenhalt bei und ist wichtiger Motor für Integration – nicht nur für Gutverdienende oder für Menschen, die in urbanen Räumen leben. Kultur muss für alle erschwinglich sein und flächendeckend angeboten werden.“ Da-



mit Akteure im Kulturbereich besser planen und nachhaltig agieren können, sei mehr flächendeckende statt projektbezogene Förderung und eine mehrjährige Konzeptionsförderung erforderlich. Das Land müsse die Liquiditätspässe vieler Kulturprojekte besser abfedern. Jahr für Jahr gerieten vom Land geförderte Projekte in finanzielle Schwierigkeiten, weil das Wissenschaftsministerium Bescheide erst spät weiterreiche und Projektakteure nicht mal Erfahrung darüber hätten, ob eine Förderung erfolge. „Das Ministerium agiert intransparent und wenig verlässlich und ist somit alles andere als eine strukturelle Verankerung von Kunst und Kultur in Hessen“, so Dr. Daniela Sommer.

FINANZPLATZ FRANKFURT STÄRKEN

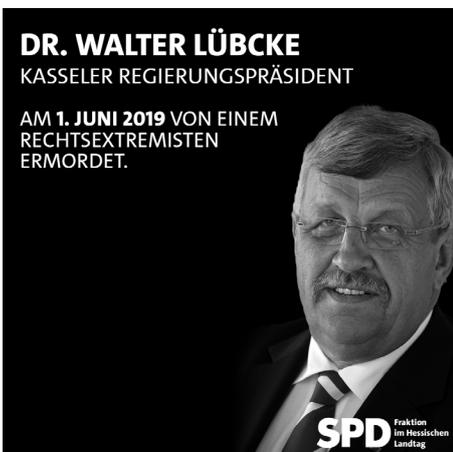
Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Marius Weiß, warf der CDU unter anderem vor, in ihrem Antrag zum Finanzplatz Frankfurt finanzpolitisches „Greenwashing“ zu betreiben und lediglich den Status Quo zu bejubeln, ohne wirkliche Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. „Eine klug agierende Landesregierung könnte hier die positiven Entwicklungen aufgreifen und daraus Lehren und Handlungsoptionen für die offenen Herausforderungen beim Finanzplatz Frankfurt ziehen. Mit einem Antrag, der bloß den Status Quo bejubelt, ohne auf die Defizite hinzuweisen und ohne zu beschreiben, wie man den Standort für die zukünftigen Herausforderungen stärken will, tut man den Akteuren jedoch keinen Gefallen. Einen starken Finanzplatz Frankfurt und eine ökologisch nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt es in Hessen offenbar nur ohne Schwarzgrün und nicht mit.“



GEDENKEN AN DR. WALTER LÜBCKE

DR. WALTER LÜBCKE
KASSELER REGIERUNGSPRÄSIDENT

AM 1. JUNI 2019 VON EINEM
RECHTSEXTREMISTEN
ERMORDET.



Vor drei Jahren wurde der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke von einem Rechtsextremisten ermordet. Anlässlich dieses traurigen Jahrestags sagte

Günter Rudolph, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag: „Sein gewaltsamer Tod war ein Schock für uns alle, ein Angriff auf unsere Demokratie und unsere freiheitliche Gesellschaft als solche. Die schwerwiegenden Versäumnisse im Umgang mit Rechtsextremisten aufzuarbeiten ist das Ziel der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss 20/1 zum Mordfall Walter Lübcke. Das rechte Netzwerk hinter dem Mörder muss durchleuchtet und das Versagen des hessischen Verfassungsschutzes unter Führung von Innenminister Beuth umfassend aufgearbeitet werden.“

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer.

BILDER:

Angelika Aschenbach, Stefan Krutsch,
Peter Jülich.